

Gemeinsame Stellungnahme von CoESS und UNI Europa zur Notwendigkeit des Schutzes von Bargeld

Die Sozialpartner der europäischen Sicherheitswirtschaft stellen fest:

- » Die Bargeldbranche ist ein hochentwickelter Sektor mit hoher Wertschöpfung, der Hunderttausende von Menschen in folgenden Bereichen beschäftigt: bei den Zentralbanken, im europäischen Bargeldmanagement der Kreditwirtschaft, bei den Herstellern von Banknotenbearbeitungsmaschinen, bei den Geld- und Wertdienstleistern, in der Automatenwirtschaft, bei den Produzenten von Technologien zum Schutz und zur Authentifizierung von Banknoten, in der Münzprägung und im Banknotendruck sowie in der Geldausgabeautomatenindustrie einschließlich unabhängiger Aufsteller und Betreiber von Geldausgabeautomaten.
- » In den vergangenen Jahren haben die Bürgerinnen und Bürger in Europa die Schließung von Bankfilialen, die Reduzierung von Bargelddienstleistungen – sowohl in Bezug auf Ein- als auch Auszahlungen – und Einschränkungen bei der Verteilung von Wechselgeld erlebt, was Barzahlungen in der Praxis immer schwieriger macht. Zugleich steigen immer mehr Hotels, Restaurants und Einzelhandelsgeschäfte auf bargeldlose Zahlungen um. Da die Bargeldbranche mengenabhängig ist, besteht das Risiko, dass die Menge des sich im Umlauf befindlichen Bargelds auf ein Niveau sinkt, auf dem ein effizienter Bargeldkreislauf nicht mehr nachhaltig oder sogar unmöglich ist, wenn erst einmal seine Infrastruktur verschwunden ist.
- » Im Zahlungsverkehr haben sich in den letzten Jahrzehnten große Veränderungen vollzogen. So entfallen zwar immer

größere Marktanteile auf alternative (elektronische) Zahlungsmittel, Bargeld macht jedoch mengenmäßig immer noch 79 Prozent der gesamten Zahlungen aus¹. In Deutschland liegt der Anteil der Bargeldzahlungen bezogen auf das Volumen bei 48 Prozent. Je niedriger die Zahlungssumme, desto wahrscheinlicher ist es, dass die Verbraucher sich für die Barzahlung entscheiden. Insbesondere ärmere Bevölkerungsgruppen, ältere Menschen, Kinder sowie ausländische Staatsbürger sind stärker von Bargeld abhängig. Im Vereinigten Königreich beispielsweise sind rund 2,2 Mio. Bürgerinnen und Bürger im Alltag ausschließlich auf Bargeld angewiesen.²

Die Sozialpartner weisen ferner auf Folgendes hin:

- » Ein Grund für die Zunahme des bargeldlosen Zahlungsverkehrs ist seine Rückverfolgbarkeit. Diese Rückverfolgbarkeit bedeutet jedoch nicht, dass kein Betrug mehr stattfindet. Schätzungen zufolge beläuft sich der Schaden durch Betrügereien im bargeldlosen Zahlungsverkehr für das Jahr 2016 auf 1,8 Mrd. Euro, ein Anstieg um 9 Prozent gegenüber 2015.³ In Schweden – wo die Bedeutung des Bargelds im Zahlungsverkehr am schnellsten zurückgeht – stiegen im selben Zeitraum die Schäden durch Kartentrug mit 18 Prozent am stärksten.
- » Dieser „War on cash“ (Krieg gegen das Bargeld) hat unmittelbare Auswirkungen auf die Arbeitsplätze bei Geld- und Wertdienstleistern, Finanzdienstleistungen sowie in den Wirtschaftsbereichen Druck, Logistik und Handel. So wie es unmöglich ist, einen einmal zerstörten Bargeld-

kreislauf wiederherzustellen, so ist auch die Wiederherstellung hochspezialisierter und qualifizierter Arbeitsplätze im Bargeldsektor nicht möglich.

- » Traditionelle Branchengrenzen werden abgebaut. Das wirkt sich auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten aus und führt zu einer weiteren Fragmentierung des Tarifvertragssystems.

Die Sozialpartner sind der Auffassung:

- » Bargeld ist öffentliches Geld und damit ein öffentliches Gut, während elektronisches Geld privates Geld ist.
- » Der „War on cash“ schädigt die Rechte der Verbraucher sowie der Bürgerinnen und Bürger und gefährdet Arbeitsplätze. Die marktbeherrschende Stellung von Unternehmen in allen Bereichen des unbaren Zahlungsverkehrs mit Sitz außerhalb der Europäischen Union (EU) stellt eine Bedrohung für diese Rechte dar.
- » Im Einklang mit Artikel 7 der EU-Grundrechtecharta, in dem das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens verankert ist, sollte die Möglichkeit der Barzahlung erhalten bleiben.
- » Bargeldleistungen sind auf EU-Ebene in der Zahlungs-kontenrichtlinie (2014/92/EU) erfasst, dies gewährleistet jedoch nicht die Verfügbarkeit von Bargeld.

Aus diesem Grund:

- » bedarf es in der Europäischen Union Rechtsvorschriften, mit denen der Status von Bargeld als gesetzlichem Zahlungsmittel strikt durchgesetzt und die Ablehnung einer Bargeldzahlung rechtswidrig wird.

- » sollte die Europäische Union dem Beispiel von Ländern wie Dänemark oder Norwegen folgen. Diese haben Rechtsvorschriften erlassen, die die Banken verpflichten, ein Mindestmaß an Bargeldleistungen anzubieten und die Verfügbarkeit von Bargeld für die Öffentlichkeit zu erhalten.

- » sollte durch die Europäische Zentralbank und das Eurosystem sichergestellt werden, dass eine kritische Masse an Bargeld im Umlauf bleibt, um die Nachhaltigkeit des Bargeldkreislaufs und die mit ihm in direktem Zusammenhang stehenden Arbeitsplätze zu sichern.

- » sollten Arbeitgeber und öffentliche Einrichtungen größtmögliche Anstrengungen zur Umschulung der betroffenen Mitarbeiter unternehmen und nach Möglichkeit nach angemessenen Beschäftigungsmöglichkeiten suchen. Beim Verlust dieser Arbeitsplätze würde die Gesellschaft mit hohen Kosten konfrontiert werden.

Die Sozialpartner beschließen:

- » 2020 einen Runden Tisch zur Stärkung der Handlungsfähigkeit der Sozialpartner zu organisieren.
- » Tarifverträge und Tarifverhandlungen als praktische Instrumente zu fördern, um einen gerechten und nachhaltigen Wechsel in neue Aufgaben für die Beschäftigten im Bereich Geld- und Werttransport zu gewährleisten.
- » Rechts- oder Regulierungsinstrumente vorzuschlagen und zu unterstützen, um die Nachhaltigkeit des Bargeldkreislaufs sicherzustellen.

Brüssel, 5. November 2019

gez. Eduardo Cobas Urcelay
CoESS

gez. Thierry Lebeaux
ESTA

gez. Mark Bergfeld
UNI Europa

¹ Esselink Henk, Hernandez Lola, „The use of cash by households in the euro area“ Occasional Paper Nr. 201/November 2017 der Europäischen Zentralbank.

² www.accesstocash.org.uk

³ Ecommerce news Europe, 29. Juni 2017, <https://ecommercenews.eu/uk-france-account-73-european-card-fraud>